



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 22.03.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Vertreterin für Herrn Lange
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
	Vertreter für Herrn Wels
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

zu Einwohnerfragestunde

zu Fragesteller 1 zu Sitzung des KUOA

Fragesteller 1 sagte, im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung eine Frage hinsichtlich der Abfallgebührensatzung gestellt zu haben. Die Verwaltung habe erwidert, dass es sich um eine private Angelegenheit handelt. Die Frage wurde daher nicht weiter behandelt. Er fragte, ob Herr Bürgermeister Geier dem zustimmt oder doch eine Antwort zu erwarten ist. Weiterhin fragte er, ob das Verfahren zur Erstellung einer Abfallgebührensatzung zukünftig anders erfolgen wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass er zur Sitzung nicht anwesend war und daher eine jetzige Stellungnahme nicht möglich ist. Das bisherige Verfahren zur Erstellung der Abfallgebührensatzung wird künftig wie bisher erfolgen.

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor. **Herr Bürgermeister Geier** schloss die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde vom Bürgermeister, **Herrn Egbert Geier**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung im öffentlichen Teil zu nehmen:

TOP 5.2

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/
Mansfelder Straße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2022/04813

- gleiche Voten in den Fachausschüssen
- Vorschlag: absetzen

TOP 5.3

Nutzung des Fußball-Nachwuchsleistungszentrum (Karlsruher Allee)
Vorlage: VII/2023/05299

- gleiche Voten in den Fachausschüssen
- Vorschlag: absetzen

TOP 6.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu öffentlichen Toiletten

Vorlage: VII/2022/05084

- gleiche Voten in den Fachausschüssen
- Vorschlag: absetzen

TOP 6.2 + Änderungsantrag TOP 6.2.1

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebetrages in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05107

- wurde im Fachausschuss vertagt
- Vorschlag: vertagen

TOP 6.3

Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle

Vorlage: VII/2023/05112

- wurde im Fachausschuss vertagt
- Vorschlag: vertagen

TOP 6.5.2

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour

Vorlage: VII/2023/05252

- wurde vom Antragsteller übernommen
- Vorschlag: absetzen

Er sagte, dass es keine Punkte gibt, die auf die Tagesordnung zu setzen sind. Im Weiteren verwies er auf folgende Änderungen und Ergänzungen im öffentlichen Teil hin:

TOP 5.1

Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022

Vorlage: VII/2022/04518

- hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor
- Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD sowie Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER –
Behandlung unter TOP 5.1.2

Herr Schaper sagte, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 6.5.2 zurückgezogen wird.

Herr Dr. Thomas sagte, dass der Antrag seiner Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 6.6. zurückgezogen wird.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass Herr Bürgermeister Geier um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.02.2023
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 15.02.2023
Vorlage: VII/2023/05268
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022
Vorlage: VII/2022/04518
- 5.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Änderung Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022 Vorlagen-Nummer: VII/2022/04518 -
Vorlage: VII/2022/04701
- 5.1.2. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD sowie Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Beschlussvorlage „Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022“ (VII/2022/04518)
Vorlage: VII/2023/05366
- 5.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2022/04813 **abgesetzt**
- 5.3. Nutzung des Fußball-Nachwuchsleistungszentrum (Karlsruher Allee)
Vorlage: VII/2023/05299 **abgesetzt**
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu öffentlichen Toiletten
Vorlage: VII/2022/05084 **abgesetzt**
- 6.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05107 **vertagt**

- 6.2.1. Änderungsantrag der Freien Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05247 **vertagt**
- 6.3. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2023/05112 **abgesetzt**
- 6.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Verwaltungskommunikation in Leichter Sprache
Vorlage: VII/2023/05232
- 6.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2022/04465
- 6.5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2023/05252 **abgesetzt**
- 6.5.2. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2023/05260 **zurückgezogen**
- 6.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Wiederbelebung der Stadteilkonferenzen-Zukunftswerkstatt
Vorlage: VII/2023/05172 **zurückgezogen**
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zur Begrünung von Mülltonnenstellplätzen
- 7.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zu Bordsteinabsenkungen in der Unstrut-Straße
- 7.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Willkommenstickets der HAVAG
Vorlage: VII/2023/05235
- 7.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“
Vorlage: VII/2023/05236
- 7.5. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Tom Wolter zum Internetportal "sag's uns einfach"
- 7.6. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Information im Stadthaus
Vorlage: VII/2023/05176

7.7. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Energiemodell
Vorlage: VII/2023/05210

7.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Spielplätzen in Halle
Vorlage: VII/2023/05211

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

9. Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.02.2023

11. Beschlussvorlagen

11.1. Rechtsstreit wegen vertraglicher Zinsforderung
Vorlage: VII/2023/05325

11.2. Berufung einer Beamtin der Besoldungsgruppe A 13 Landesbesoldungsgesetz Sachsen-Anhalt (LBesG LSA) in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt
Vorlage: VII/2023/05273

11.3. Dauerhafte Umsetzung einer Beschäftigten auf die Stelle Controllerin Kultur und Sport im Geschäftsbereich Kultur und Sport
Vorlage: VII/2023/05276

11.4. Dauerhafte Umsetzung eines Beschäftigten auf die Stelle Abteilungsleiter Grünflächenpflege (m/w/d)
Vorlage: VII/2023/05307

11.5. Einstellung eines Beratungsarztes im Fachbereich Gesundheit
Vorlage: VII/2023/05310

11.6. Weiterbeschäftigung einer Beschäftigten über die Altersgrenze hinaus bis zum 31.12.2023
Vorlage: VII/2023/05311

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

13.1. Mitteilung zur Schöffenwahl

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

zu 3 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.02.2023**

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 15.02.2023.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

zu 4.1 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 15.02.2023**
Vorlage: VII/2023/05268

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022**
Vorlage: VII/2022/04518

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Änderung Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022**
Vorlagen-Nummer: VII/2022/04518 -
Vorlage: VII/2022/04701

zu 5.1.2 **Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD sowie Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Beschlussvorlage „Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022“ (VII/2022/04518)**
Vorlage: VII/2023/05366

-Auf Antrag des Stadtrates Herrn Torsten Schaper erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Herr Bürgermeister Geier

5.1, Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle 2022 einschließlich Änderungsanträge. Dazu kann gesprochen werden. Dann fange ich mal an mit Tom Wolter, dann Herr Schaper und dann Frau Ranft.

Herr Wolter

Ja, danke. Wir hatten vereinbart, dass ich für die antragstellenden Fraktionen unseren Änderungsantrag einbringe, 5.1.2. Das vorgelegte Leitbild ist ja im Fachausschuss hinsichtlich der Schwerpunktsetzung und auch der Ambitionen dann sehr kritisch betrachtet wurden und in dem Sinne durchgefallen und wir, gemeinsam mit den antragstellenden Fraktionen, haben sich dann die Mitarbeitenden aus den Fraktionen und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachausschuss zusammengesetzt, ich glaube, seit Anfang des Jahres in mehreren Treffen, und hier den gemeinsamen Änderungsantrag vorbereitet und jetzt sind wir hier bei der Einbringung und hoffentlich Beschlussfassung.

Wir haben uns gemeinsam, sozusagen so eine Zielstellung gegeben, dass es eine bessere, nachvollziehbare Gliederung, und vielleicht auch die Formulierung klarer definierter Ziele, aber vor allem auch eine Verankerung eines offenen und transparenten Prozesses mit den verschiedenen Akteuren in diesem ganzen Bereich hier in dem Leitbild enthalten ist. Wir sind gemeinsam jetzt als antragstellende Fraktion der Auffassung, dass, glaube ich, es eine gute Grundlage ist für die anstehende Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes jetzt hier enthalten ist.

Wir haben jetzt noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegen heute, was, sage ich mal, vielleicht auch verzichtbar ist, weil wir sozusagen natürlich in einer engen Abstimmung auch mit der Verwaltung hier darauf verweisen können, dass es Rücksprache und Abstimmung gab.

Insofern würde ich im Namen aller antragstellenden Fraktionen jetzt um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag bitten.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, vielen Dank. Dann Herr Schaper.

Herr Schaper

Ja, vielen Dank. Ich muss da etwas in die andere Richtung argumentieren. Wir haben heute hier ein Klimapolitisches Leitbild vor uns und in unseren Augen ist es ein ausgearbeitetes Dokument, was Verwaltung, Gesellschaft miteinander irgendwie erarbeitet hat. Es geht um Energie, es geht um Verkehr, und es geht um ein Leitbild, und da ist in unseren Augen so ein bisschen die Krux des Ganzen bei dem Änderungsantrag.

Ich spreche jetzt speziell zum Änderungsantrag, wo es um, in unseren Augen, um eine Zielvorgabe und eine Richtung geht, aber jetzt nicht, um einen operativen Eingriff in das Geschäft, was die Verwaltung am Ende dann umzusetzen hat. Und wenn da jetzt drinnen steht, beispielsweise, dass Strombedarf bis 2030 rein aus erneuerbaren Energien erzeugt werden soll, dann entstehen bei uns schon viele Fragezeichen, weil nicht wir entscheiden, welcher Strom genutzt wird, sondern im Endeffekt der Verbraucher entscheidet, welcher Strom genutzt wird und es gibt auch bundesweit immer noch die Absprache, dass der Kohleausstieg bis 2038 erfolgen soll.

Und ein weiterer Punkt, der uns ein paar Fragezeichen auf die Stirn gepinselt hat, war das Thema mit den 75 Prozent Umweltverbund. Es ist richtig, ja, ich will die Diskussion auch gar nicht aufmachen. Wir haben im Mobilitätskonzept auch lange darüber gesprochen, wir haben auch über 75 Prozent gesprochen. Es ist noch nicht ratifiziert oder es ist noch nicht beschlossen in dem Sinne, aber hier steht es jetzt schon mal drin. Also, wir greifen schon wieder einem anderen Konzept vorweg, was wir tun wollen.

Deshalb, wir haben sehr viel und große Sympathien für die Vorlage der Verwaltung. Für den Änderungsantrag haben wir jetzt nicht ganz so viel Sympathien. Deshalb werden wir dem

nicht folgen. Und würden uns freuen, wenn wir das Paper der Verwaltung so beschließen könnten.

Herr Bürgermeister Geier

Ja, vielen Dank Dann Frau Ranft.

Frau Ranft

Ja, das hat sich ja jetzt mit dem Redebeitrag von Herrn Wolter erledigt. Auch ich finde es schade, dass es keine Stellungnahme der Verwaltung gibt. Vielleicht wird ja Herr Paulsen noch was dazu sagen? Aber, es gab ja auch ein Treffen der fünf antragstellenden Fraktionen mit der Stadtverwaltung, um gegebenenfalls Dinge, um sich anzunähern. Das ist nicht immer erfolgt, aber ich finde, es ist doch ein guter Entwurf gelungen.

Was jetzt die FDP und auch CDU mit ihren Änderungsanträgen versuchen, das ist ja erwartbar und nichts Neues. Und die fünf Fraktionen, die haben jetzt hier eine gute Mehrheit für das Klima. Ich freue mich auch, dass Fridays for Future extra heute hier sind, um mit Anteil zu nehmen.

Die inhaltliche Diskussion wurde im Fachausschuss geführt, deswegen führen wir sie jetzt hier nicht noch mal und ich würde mich über ein paar Worte der Verwaltung noch freuen.

Herr Bürgermeister Geier

Kommt noch. Dann Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Ja, also die inhaltliche Diskussion konnte, zumindest über den Änderungsantrag, im Fachausschuss gar nicht geführt werden, er lag schlicht und ergreifend nicht vor. So das erstmal einleitend.

Ansonsten ist zu sagen, zu diesem Änderungsantrag, es ist reine Symbolpolitik. In Reinform. Vorgaben kommen regelmäßig aus Brüssel und Berlin. Die sind dann vor Ort umzusetzen. Dem Bürger da draußen treibt in der Regel die Sorge um, dass er bei dieser ganzen Geschichte ökonomisch unter die Räder kommt. Was ihn besorgt und was er verlangt von der Politik sind verlässliche belastbare Fakten für die Zukunft, dass das nicht geschieht. Das wäre die Aufgabe solcher Leitbilder, ihm da Sicherheit zu bieten. Regelmäßig ist das hier nicht der Fall. Da verliert sich dieser Änderungsantrag im Allgemeinen. Es hilft draußen keinem Bürger. Diese Art Katechismus, den Sie hier vorlegen, braucht da kein Mensch, sondern belastbare Sicherheit.

Wir lehnen das ab.

Herr Bürgermeister Geier

So, jetzt Herr Scholtyssek, bitte.

Herr Scholtyssek

Ja, Dankeschön. Also, wir begrüßen natürlich grundsätzlich, dass es so ein Klimapolitisches Leitbild für die Stadt Halle gibt. Das ist ja eine wichtige Grundlage, denn Klimaschutz ist in aller Munde. Da muss man auch aktiv werden.

Was nun auch schon anklang, wir haben als Stadt Halle einfach gar nicht die rechtlichen Rahmenbedingungen, um hier deutlich vor 2040 klimaneutral zu werden. Wir haben gesetzliche Rahmenbedingungen, die kommen vom Bund und von der EU. Die EU sagt, bis 2050. Der Bund ist da schon forscher und sagt bis 2045. Das steht so im Klimaschutzkonzept drin. Und uns fehlen einfach die rechtlichen Möglichkeiten, um hier schneller zu sein. Also, wir haben keinen Einfluss auf den Verkehrssektor,

Gebäudebeheizung, und so weiter. Das können wir gar nicht steuern.

Es gibt dazu verschiedene Initiativen hier vor Ort, die das beschleunigen wollen. Das ist auch sehr lobenswert. Aber trotzdem haben wir als Stadt Halle das nicht in der Hand, gerade für die vielen Privatverbraucher, dieses Ziel zu erreichen.

Insofern steht es auf dem Papier. Es ist ein frommer Wunsch. Wird sich aber nicht umsetzen lassen. Insofern streut man den Leuten schon ein bisschen Sand in die Augen und weckt Erwartungen, die nicht erfüllbar sind.

Dann hatten wir dieses Thema mit dem Modal Split. Das klang auch schon an. Das wird gerade in dieser Arbeitsgruppe zum Mobilitätskonzept diskutiert. Da schwirren auch noch ganz andere Werte als die 75 Prozent sozusagen durch den Raum. Da sind wir uns noch überhaupt nicht einig. Das jetzt hier reinzuschreiben, ist schon ein bisschen verfrüht.

Und dann haben Sie sich noch das Ziel gesetzt, Sie wollen den Flächenverbrauch zu Siedlungs- und Verkehrszwecken bis spätestens 2040 auf Netto-Null reduzieren. Das klingt zwar alles ganz nett, wenn Sie das mal fachlich durchleuchten, ist es aber sehr fragwürdig. Zum einen müssen Sie sich mal die amtliche Statistik angucken zur Siedlungs- und Verkehrsfläche. Da fließt nämlich alles ein. Wenn wir einen Bebauungsplan beschließen, fließt da nicht nur ein die Grundfläche des Gebäudes, sondern das komplette Grundstück. Und das ist ja nicht komplett versiegelt. Das sind, wenn überhaupt, die Hälfte. Da zählt statistisch rein, bei den Straßen der Randbereich, irgendwelche Feldwege, Friedhöfe, Solaranlagen. Das zählt alles zur Siedlungs- und Verkehrsfläche. Das ist also mit der Flächenversiegelung überhaupt nicht gleichzusetzen. Müsste man bei der Diskussion vielleicht auch mal mit betrachten. Hätten wir gerne im Fachausschuss getan, da lag dieser Änderungsantrag aber leider nicht vor.

Insofern, es ist ein frommer Wunsch, was Sie sich hier vorgenommen haben, wir können dem aber so nicht folgen. Ich werbe noch mal für unseren Antrag, dass wir uns dem Ziel des Bundesgesetzgebers anschließen und der lautet Klimaneutralität bis 2045.

Herr Bürgermeister Geier

Vielen Dank. Dann Herr Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf

Danke Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Heym hat gerade gesagt, dass es darum geht oder das es unsere Aufgabe ist, Sicherheit zu bieten und wir glauben, dass unser Änderungsantrag genau das tut. Ich glaube nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Angst vor Beschlüssen hier im Stadtrat haben, sondern ich glaube, was sie bewegt, sind Fragen wie sich unser Leben eigentlich entwickelt in den nächsten Jahren, in den nächsten Jahrzehnten vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels.

Ich glaube, wir haben in den vergangenen Sommern gesehen, dass die Auswirkungen auf uns, auch auf das, was wir hier im Stadtrat tun, wesentlich größer sind, anders als dass viele gesagt haben, die ja immer der Meinung waren, es gäbe vielleicht gar keinen menschengemachten Klimawandel, zumindest hätte der ja keine großen Auswirkungen auf uns.

Unser Änderungsantrag bietet genau die Sicherheit, weil er nämlich klarmacht, wie groß die Aufgabe ist, die vor uns liegt und weil er deutlich macht, in welchen Sektoren uns diese Aufgaben treffen.

Und lieber Kollege Scholtyssek, ich tue mich auch schwer damit, dann die Verantwortung wegzuschieben und zu sagen, dass wir hier auf kommunaler Ebene ohnehin nichts tun

können. Da können wir ja dann noch mal in den Austausch danach treten. Aber es ist doch nicht so, dass allein die Bundesebene hier regelt und wir keine Steuerungsmöglichkeiten haben. Sie haben selber das Verkehrsthema angesprochen. Das ist doch eigentlich ein schönes Beispiel, um zu sehen, dass wir eben doch Möglichkeiten haben, um zu steuern über den ÖPNA, über die Infrastruktur, die wir bereitstellen, auch über das Thema Modal Split, wo wir uns gerade ja noch an anderer Stelle miteinander austauschen. Und aus der Möglichkeit, dass wir hier als Kommune gestalten können, erwächst aus unserer Sicht auch die Pflicht, dass wir die Handlungsmöglichkeiten, die wir haben, auch nutzen.

Und hierzu machen wir mit unserem Änderungsantrag einen Vorschlag. Es ist, glaube ich, uns allen nicht geholfen, wenn wir hier ein Papier beschließen, das zum Teil Realitäten verkennen würde, oder das zum Teil Herausforderungen und Probleme, vor denen wir stehen, verkennen würde. Es ist richtig, dass wir Sektoren benennen. Es ist richtig, dass wir Ziele formulieren. Nicht, weil wir glauben, dass die Ziele aus sich irgendwie ein Selbstzweck sind, sondern weil die Ziele notwendig sind, um das Leben in der Stadt weiter lebenswert zu halten und deswegen bitte ich Sie um Zustimmung. Vielen Dank.

Herr Bürgermeister Geier

So, jetzt Herr Helmich, bitte.

Herr Helmich

Wenn Redebeiträge zu Anträgen mit: „Das ist doch ein bisschen übereilt jetzt.“ anfangen, dann fühle ich mich beim Thema Klima schön an getriggert, denn ich glaube, kein gesellschaftspolitisches Thema ist so drängend, wie dieses. Insofern ist das für mich immer schon eine Warnung, dass dann immer wieder kommt: „Abschwächung der Kompetenzen in den Kommunen“. Bei ganz vielen anderen Sachen hören wir das immer umgedreht, da wird dann die kommunale Selbstständigkeit ganz hoch gehalten in diesem Thema. Wenn es dann nicht so gut passt, wird es dann gerne runtergespielt.

Ich will zwei Sachen nur dazu sagen: Wenn viele dutzende Kommunen in Deutschland, und als Beispiel kann ich hier unsere Nachbarstadt Leipzig nennen, die ähnliche Zielsetzungen formulieren zu Klimaschutzmaßnahmen vor Ort, und wie sie eben mit kommunaler Steuerung untersetzt werden können, dann kann ja so viel Unfug da gar nicht drinstehen. Vor allem scheint die Behauptung dann nicht zu stimmen, dass Kommunen nicht selber auch solche Zielsetzungen schaffen können. Das Argument zieht an dieser Stelle dann auf jeden Fall nicht.

Und zu einem Punkt, der mir da gerade explizit aufgefallen ist, wo dann auch auf den Bund verwiesen wird: Es ist ja nicht nur so, dass Bund und Kommunen und Länder ganz unterschiedliche Zielsetzungen haben. Wenn ich das Beispiel Flächenverbrauch nennen darf, von heute 55 Hektar Flächenverbrauch zusätzlich, setzt die Bundesregierung auf 2030 runter auf 30 und das sind nur noch sieben Jahre hin. Und bis zu 2040 dann eben auf null zu kommen ist eine geradlinige Reduzierungsplanung.

Und insofern gleiten wir so ein bisschen mit dem, was auch auf Bundesebene entschieden wurde und was als Zielsetzung dort formuliert wurde. Das blöde an der Stelle ist allerdings, dass solche langfristigen Zielsetzungen natürlich auch immer mit stabilen Mehrheiten besetzt werden. Aber, es kann auch dadurch unterstützt werden, wenn Kommunen, wie die Stadt Halle, das mit konkreter Politik vor Ort beeinflussen wollen und das tun wir hier mit diesem Änderungsantrag. Zielsetzung zu setzen, die auf anderen politischen Ebenen, wie dem Bund zum Beispiel, bereits schon festgesetzt wurden.

Herr Bürgermeister Geier

So, jetzt ist in der Rednerliste Herr Dr. Thomas dran.

Herr Dr. Thomas

Danke. Ich halte es nur für zielführend, wenn man die bundes- und landespolitischen Vorgaben auch kommunal umsetzen will und das ist, glaube ich, das Ziel dieses Papiers gewesen. Ich will da jetzt nicht dem Stadtrat vorgreifen, aber, das ist für mich das Gegenteil von Symbolpolitik. Wir haben mit den Akteuren der Stadt geredet und haben deren Ziele aufgegriffen, gewogen und haben sie zum Teil auch verschärft. Wir haben ganz konkrete Dinge in diesem Papier auch verankert. Das Thema Flächenversiegelung ist für mich ein ganz zentrales. Wir haben eine Reihe von Bau- und Gestaltungsprojekten im Moment, ich denke nur an den Mühlgraben, wo gerade das Thema Flächenversiegelung ein zentrales Thema ist. Und wir haben auch die umweltfreundlichen Vergaben da zum ersten Mal drin. Ein Thema, was mich aber auch viele andere Kollegen seit langen umtreibt, dass wir eben unsere Bauvorhaben nicht systematisch auch an Klimaschutzzielen ausrichten.

Insofern wird dieses Papier, wenn wir es dann mit Mehrheit verabschieden können, durchaus Konsequenzen haben und ich persönlich freue mich darauf, diese Konsequenzen dann in unserer Arbeit auch umsetzen zu können.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Der Kollege Eigendorf ging auf meinen Redebeitrag ein, da möchte ich nicht dahinterstehen. Er hat jetzt viel vom Glauben geredet, wie die Bürger da draußen sich mit dem Thema beschäftigen. Ich habe da zum Ausdruck gebracht, dass ich da andere Erkenntnisse habe, da weiche ich auch nicht von ab.

Der Bürger ist gerade bei dem Thema Energie und Klima im Moment mit so viel Dingen, die auf ihn einströmen, über die Medien, an Papiern erarbeitet, an Denkmodellen erarbeitet werden, derartig verunsichert, dass er in der Regel dort wirklich Zukunftsängste hat und entwickelt. Und darauf gilt es verlässliche Antworten durch die Politik zu finden.

Und wenn wir dann dabei sind, unsere Aufgabe hier in der Stadt zu definieren, dann ist es natürlich so, dass Brüssel und Berlin globale Vorgaben, also für ihre Einflussgebiete, macht. Wir sind dann aber in unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen überall in den Kommunen unterwegs und da ist es nun mal so, dass in der Stadt Halle der Bürger nicht so gesegnet ist, wie der Bürger in Stuttgart. Und darauf gilt es differenzierte Antworten zu finden und ich tue mich da schwer, die da zu erkennen in den Papieren. Deshalb bleibt es bei der Ablehnung.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ich würde gerne auf einen Unterschied vor allem in dem Änderungsantrag mehrerer Fraktionen aufmerksam machen. Während man bei den Zielen der Emissionsminderung von Klimagasen relativ konkrete Vorgaben macht und auch sich ein bisschen im Ehrgeiz überbietet, die Termine möglichst früh zu setzen, hat man bei der Frage der Klimafolgenanpassung sich sehr allgemein hingehalten. Warum erwähne ich das?

Zum einen, um noch mal die Aussage von Herrn Scholtyssek zu unterstreichen, dass wir bei dem Emissionsminderungsvorgang im Wesentlichen auf gesetzliche Vorschriften angewiesen sind, die nicht auf städtischer Ebene, sondern beim Bund mit ganz konkreten Zahlenvorgaben gemacht werden. Und wer sich im Moment die Diskussion um das anstehende Gesetz zur Modernisierung von Gas- und Ölheizung, wer diese Diskussion verfolgt, weiß, wie schwierig eine solche Gesetzgebung sein kann.

Insofern verstehe ich eben auch nicht so ganz, weshalb man hier glaubt, man könne besser sein, als das, was der Bund erarbeitet. Umgekehrt hat die Stadt aus meiner Sicht eine sehr spezifische und sehr eigene Verantwortung bei Klimafolgeanpassungen. Und da fallen mir zu allererst gescheiterte Anträge ein. Also, das Dürreschutzkonzept ist beschlossen, und ein Qualifizierungsbeschluss dazu mit Hinweisen auf wissenschaftliche Zusammenarbeit verhandelt wurden, und es ist nichts passiert. Ähnliches könnte man über Starkregenmanagement-Anträge und anderes sagen.

Und nun will ich einfach mal sagen, wenn wir bereits bei Dingen scheitern, die in unserer eigenen Zuständigkeit liegen und wo es um unsere eigene sehr spezifische Verantwortung geht, dann habe ich natürlich Zweifel, ob die Wettbewerbe und immer frühere Terminsetzung bei der Emissionsminderung nicht zu einer Art Posing verkommt. Zu einem, mal sehen, wer den schnelleren Termin nennt, und ja, das ist dann auch so ein bisschen Tugendprahlerei damit verbunden.

Ich sage das so kritisch, weil ich glaube, dass uns das alles nichts hilft. Und weil ich damit eigentlich nochmal für unseren Änderungsantrag werben will. Es gibt internationale Verpflichtungen und es gibt nationale, was die Emissionsbeschränkungen betrifft. Und es gibt nationale Konsequenzen aus diesen internationalen Verpflichtungen. Und ich finde es jedenfalls wenig zielführend, wenn wir, ohne uns hinreichend Gedanken zu machen, wie denn die Umsetzung aussehen soll, die ja jeweils gesetzlich begründet werden muss, dann sind jedes Mal tiefe Eingriffe in Rechtstatbestände, dass wir dann uns jetzt überbieten in Terminsetzungen, wo wir, da bin ich relativ sicher, uns in ein paar Jahren darüber unterhalten werden, was die Realisierung und wo wir dann sehr viel mehr über unsere Grenzen erfahren, auf die wir dabei stoßen.

Herr Bürgermeister Geier

So, jetzt gebe ich Herrn Paulsen das Wort.

Herr Paulsen

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben unser Leitbild ja bereits im vergangenen Jahr eingebracht und auch ausführlich begründet. Ich will nur noch mal darauf verweisen, dass wir berücksichtigt haben, weil wir tatsächlich belastbare und zumindest mit großer Anstrengung erreichbare Zahlen und Ziele vorlegen wollen, dass unser Vorschlag fußt auf aktuellen rechtlichen Regelungen, sowohl wie auch auf eingegangene Selbstverpflichtung auf verschiedenen Ebenen, Pläne, Konzepte der EU, beim Bund, Land und auch Stadt.

Die Ziele, die wir in unserem Vorschlag formuliert haben, liegen deutlich vor den internationalen und nationalen Zielen und sind bewusst ambitioniert gesetzt. Wir wissen, auch das hatten wir diskutiert, dass es zum Teil fehlende rechtliche Verbindlichkeiten gibt, auch einen Unschärfbereich. Aber das gehört dazu, insbesondere, weil wir ja mit dem Klimaschutzkonzept dann in einer dauerhaften Fortschreibung sind und ambitionierte Ziele sich tatsächlich auch nur erreichen lassen, wenn man die Ziele entsprechend hochsteckt.

Wir haben mit den beiden Änderungsanträgen zwei Anträge vorliegen, die aus unserer Sicht nicht weiterhelfen. Da ist zum einen der Antrag der CDU-Fraktion, der nicht nur im Widerspruch steht zum Stadtratsbeschluss vom Februar 2022, wo die Verwaltung aufgefordert wurde, deutlich vorgezogene Ziele vorzuschlagen und zu untersetzen. Das haben wir gemacht. Das konnten wir auch machen, dazu stehen wir auch. Aber in einem Antrag die Ziele vorzuschlagen oder dort in einem Leitbild verankert zu wollen, die sowieso schon auf Bundesebene gelten, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll und eigentlich obsolet.

Der Antrag der Fraktionen ist aus anderen Gründen ebenfalls nicht hilfreich. Er streckt das Leitbild ohne erkennbaren Grund vor allem dadurch, dass Maßnahmen aus dem operativen

Tagesgeschäft dort reformuliert werden. Das fängt an beim Abfallvermeidungskonzept, was bereits Bestandteil des operativen Tagesgeschäftes der Verwaltung ist. Es werden verschiedene Planwerke aufgezählt, egal ob Dürreschutzkonzept, Hochwasserschutzkonzept oder Waldbewirtschaftung. All das gehört nicht in ein Leitbild. Die sind zum großen Teil entweder schon in der operativen Umsetzung oder im Klimaschutzkonzept genannt. Sie führen auf jeden Fall im Leitbild, was jetzt beschlossen werden soll, nicht weiter.

Zum anderen gibt es dort Punkte, wie die Reduktion des Flächenverbrauchs bis spätestens 2040 auf Netto-Null. Zumindest in der Konsequenz, wie wir das Leitbild aufgestellt haben, dass wir Annahmen getroffen haben, die aus unserer Sicht belastbar und erreichbar sind, fehlt für dieses Netto-Null-Ziel 2040 zumindest in der Begründung irgendeine Grundlage, wo man formuliert, warum man das erreichen möchte.

Noch zwei Punkte aufgezählt oder erwähnt, weil sie wichtig sind: Das Zwischenziel für 2030 in der CO₂-Reduktion für 75 Prozent ist rein willkürlich gewählt. Wir wissen, dass der Minderungspfad der Stadt nicht linear verlaufen wird. Das hängt ganz entscheidend damit zusammen, welche primären Energieträger wir einsetzen für Wärme- und Stromversorgung. Und es ist, auch wenn Papier geduldig ist und es an der Stelle auch nicht schädlich ist, aber es ist relativ klar, dass wir mit diesem Minderungspfad nicht linear gehen werden, und diese 75 Prozent für 2030 in der Struktur des Klimaschutzkonzeptes keine unteretzte Zahl sind.

Da der Änderungsantrag insgesamt das Ziel, was auch wir als Verwaltung vorschlagen, möglichst vor 2040 klimaneutral zu werden, auch formuliert, dort keine Änderung vornimmt, bleibt an der Stelle auch nur zu formulieren, ihn eigentlich mindestens für erledigt zu erklären. Und wir bitten darum, nochmal, den Originalantrag beziehungsweise unsere Vorlage mit dem klimapolitischen Leitbild anzunehmen. Vielen Dank.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Jetzt hat Herr Paulsen doch in der Tat die beste Für Rede für unseren Änderungsantrag gehalten. Es ist natürlich in der Tat so, dass da ganz viel Tagesgeschäft drin ist, das ist ja auch das, worum es geht. Das ist die inhaltliche Untersetzung des Konzeptes, Herr Paulsen.

Es gibt ja, Herr Schreyer kann mich korrigieren, aber es gibt im KVG, glaube ich, keine Regelung dazu, was in ein Leitbild gehört und was nicht. Das ist mir zumindest nicht bekannt. Am Ende entscheidet das der Stadtrat mit Mehrheit.

Und es ist doch im Vergleich zu anderen Konzepten, die wir hier auch immer mal beschlossen haben, über die wir viel diskutiert haben, lange in den Ausschusssitzungen über Monate, wo wir dann im Stadtrat teilweise Abstimmungen hatten, wo man vorher nicht wusste, was am Ende rauskommt. Dann war das Ding fertig, es landete in der Schublade und niemand hat es mehr angeguckt.

Deswegen haben wir ja gerade diesen Weg gewählt, Sachen aus dem Tagesgeschäft, das Dürreschutzkonzept, der Kollege Dr. Bergner hat es gerade angesprochen, die weiteren Konzepte: Abfallvermeidungskonzept etc. mit drin aufzunehmen, um eben diese Verknüpfung zu schaffen zwischen dem Leitbild, das ansonsten nur ein reines Bekenntnis ist und in einer Schublade landet und das holen wir irgendwann bei Gelegenheit mal wieder raus oder eben auch nicht, sondern dass es mit der Tagespolitik derart eng verknüpft ist.

Und was ich nicht so richtig verstehe, Herr Paulsen, auf der einen Seite sagen Sie, da ist zu

viel drin, was nicht reingehört, also es ist zu lang. Und auf der anderen Seite monieren Sie, dass unser Änderungsantrag zu kurz ist, weil die Begründung fehlt. Da würde ich dann jetzt wieder sozusagen Ihre eigene Argumentation zu eigen machen, das Leitbild soll erstmal an dieser Stelle eine Richtung ausgeben. Es soll die einzelnen Ziele untersetzen mit den Themen, die dann in der Tagespolitik aktuell sind, um das umzusetzen.

Insofern ist unser Änderungsantrag auf keinen Fall erledigt. Er macht die Vorlage der Verwaltung, die im zuständigen Fachausschuss keine Mehrheit gefunden hat, besser und deshalb bitte ich weiterhin um Zustimmung.

Herr Bürgermeister Geier

Jetzt gleich direkt Herr Paulsen darauf, dann Herr Wolter.

Herr Paulsen

Lieber Herr Eigendorf, die Polemik macht es jetzt nicht besser. Der Hinweis darauf, dass für, zum Beispiel den Flächenverbrauch Netto-Null 2040, keine Begründung geliefert wird, zielt darauf ab, dass die Zahlen und Annahmen, die wir in dem klimapolitischen Leitbild formuliert haben, eine Grundlage haben, womit man formulieren kann, warum und wie man sie erreicht und dass es Partner gibt, die das so stemmen können.

Sie schreiben hier, sowohl für die 75 Prozent bis 2030, als auch für das Netto-Null-Ziel, einfach eine Zahl rein. Kann man machen. Tut auch nicht weh, weil, wie gesagt, Papier ist geduldig. Aber es ist eben unsystematisch und fußt nicht auf einer Grundlage, wie die anderen Zahlen. Darauf hob ich ab.

Und auf der anderen Seite sollten Sie auch Ihre eigenen Beschlusslagen ernst nehmen. Es ist ja weniger hilfreich, jetzt mit dem KVG zu winken, wenn es um ein Leitbild geht, sondern Sie haben als Stadtrat ein Leitbild beschlossen und Sie haben ein Klimaschutzkonzept beschlossen. Und das Leitbild gibt Ziele und eine Richtung vor und im Klimaschutzkonzept stehen die Maßnahmen drin. Und wenn Sie jetzt im Leitbild auch noch die Maßnahmen drin haben, dann kann man fragen: Wozu brauchen Sie noch das Klimaschutzkonzept? Auf jeden Fall wird das Leitbild nicht besser, wenn Sie das Klimaschutzkonzept, was ab diesem Jahr überarbeitet wird, zumindest im Leitbild noch mal formulieren. Und darauf hebt das ab und nicht, dass es dann nicht stattfinden soll.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja, lieber Eric Eigendorf, ich versuche mal, sozusagen, wenig zu ergänzen zudem, was Herr Eigendorf gesagt hat. Ich habe so ein Gefühl, das, was jetzt konstruktiv war unter den hier antragstellenden Fraktionen war der Versuch, konkret in einer guten Gliederung Zielstellungen zu formulieren, auf die wir uns gemeinsam verständigt haben. Die Einladung an die Verwaltung, lieber Herr Paulsen, der sind Sie ja nachgekommen. Sie haben sich mit uns an den Tisch gesetzt, aber Sie haben sozusagen auch da formuliert, als ob es hier um Maßnahmen geht. Ich weiß nicht genau, ob wir irgendwie über verschiedene Sachen sprechen. Ich höre das auch von den anderen Fraktionen, die jetzt hier nicht mit antragstellend sind, dass man hier fromme Wünsche formuliert, oder, dass es irgendwo geduldiges Papier ist.

Hier geht es sozusagen, dass wir als Stadt, wir als Bürger, wir als Vertretung der Stadt, hier gemeinsame Ziele formulieren, die wir dann in Maßnahmen umsetzen beziehungsweise natürlich auch überprüfen, wie nah wir diesen Zielen kommen. Hier ist kein gesetzgebendes Organ, was hier spricht, hier sind keine konkreten Maßnahmen dahinter, sondern hier wird sozusagen auf Grund der Benennung und der Bezeichnung von konkreten Prozentpunkten

in einer klaren nachvollziehbaren Gliederung Ziele definiert, die sozusagen den Rahmen geben für das, was das kommunalpolitische Handeln ist für uns alle, aber natürlich im Besonderen für die Verwaltung.

Ich habe so das Gefühl, als ob wir über verschiedene Dinge sprechen. Sie haben eine andere Systematik vor oder wünschen die sich, aber wir haben hier als mehrheitliche, sozusagen mehrere Fraktionen miteinander, uns auf Ziele verständigt. Das ist für mich noch mal wichtig. Es geht hier nicht sozusagen darum, irgendwo einen Gegenentwurf zu machen, sondern für uns war das, was die Verwaltung vorgelegt hat, nicht untersetzt, nicht in der Gliederung, und natürlich beinhaltet das auch, ich sage mal, bestehende Vorgänge.

Und den Verweis von Ihnen, das vielleicht als letztes, zu dem klimapolitischen Schutzkonzept und die anstehende Fortschreibung, die erwarten wir natürlich auf Grund und im Rahmen des dann zu verabschiedenden Leitbildes. Also, insofern, es ist immer die Schwierigkeit, über wen sprechen wir denn hier gerade aktuell? Ich habe das Gefühl, hier ist niemand verwirrt. Hier ist niemand in irgendeiner Form, ich sage mal, mehr oder weniger gesegnet, sondern wir wollen hier gemeinsam uns den Herausforderungen stellen und das überprüfbar machen. Gemeinsam, in einem Dialog dann: Haben wir die Ziele erreicht? Warum haben wir die nicht erreicht? Wie nah sind wir den Zielen gekommen? Und ich glaube, es fehlen hier auch keine Begründungen drin. Also, vielleicht als Ergänzung zu den Worten von Herrn Eigendorf.

Herr Bürgermeister Geier

Frau Ranft.

Frau Ranft

Ja, ich wollte jetzt anbieten, Herr Wolter, dass wir die Begründung, wenn die tatsächlich von Interesse ist, und dann möglicherweise auch Diskussionen im Stadtrat gegebenenfalls abkürzt, dann würden wir eine Begründung für die beiden Zahlen, die wir gebracht haben zu 75 Prozent Modal Split und die Netto null 2040, also, wenn da ein tatsächliches Interesse zu der Begründung besteht, dann können wir das natürlich nachreichen, wie auch die Verwaltung manchmal noch nacharbeitet. Dann bitten wir hier um Entschuldigung und würden das dann auch an die anderen Fraktionen dann zusenden, damit Sie alle im Bild sind.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Dr. Thomas.

Herr Dr. Thomas

Ich glaube zwar nicht, dass das die Diskussion im Stadtrat abkürzt, aber ich finde den Vorschlag gut. Heutzutage weiß man ja gar nicht, ob man mehr Angst vor dem Klimawandel oder vor der Klimaschutzpolitik haben muss. Insofern hat Herr Heym da einen Punkt getroffen.

Es geht schon um Glaubensfragen.

Ich glaube, dass die Stadt mehr machen kann im Bereich Klimaschutz und ich würde den Hinweis von Herrn Dr. Bergner durchaus auch ernst nehmen. Er hat vielleicht wirklich einen Punkt getroffen, in dem er sagt, wir müssen uns mehr an Klimafolgenanpassung, an die Resilienz, orientieren, weil vermutlich das 1,5 Grad Ziel mit Pauken und Trompeten gerissen wird und wir uns darauf einrichten müssen, was danach kommt, was auch keine Katastrophe ist, wie ja Wissenschaftler immer wieder zeigen, sondern wir bekommen einfach ein anderes Klima, daran kann man sich anpassen und das findet seit, glaube ich, drei Millionen Jahren unter Beteiligung von Menschen statt. Da ist also keines Weges Hopfen und Malz verloren.

Aber wir müssen eine Politik in diese Situation stellen, die den Herausforderungen

gewachsen ist. Klar, und Glauben gehört dazu. Irgendwo muss man ja seine rationale Politik auch drauf fußen lassen.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, vielen Dank. Ich sehe jetzt keine Redebeiträge mehr. Und dann würde ich in die Abstimmung gehen, und zwar in der Reihenfolge TOP 5.1.2, dann 5.1.1 und dann den eigentlichen Antrag.

-Ende Wortprotokoll-

zu 5.1.2 **Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD sowie Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Beschlussvorlage „Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022“ (VII/2022/04518)
Vorlage: VII/2023/05366**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das überarbeitete energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale) **in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.**

Darüber hinaus wird im Betreff der Beschlussvorlage die Jahreszahl „2022“ durch die Jahreszahl „2023“ ersetzt.

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Änderung Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022
Vorlagen-Nummer: VII/2022/04518 -
Vorlage: VII/2022/04701**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderung:

- 1)
 1. Die Stadt Halle (Saale) setzt sich zum Ziel, die Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 deutlich zu reduzieren, die Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen und den Anteil an erneuerbaren Energien zu erhöhen. Sie stützt sich hierbei insbesondere auf den zukunftsweisenden Ausbau des Fernwärmesystems mit seinen hocheffizienten KWK-Erzeugungsanlagen, auch außerhalb der bestehenden Satzungsgebiete. Der Ausstoß an Treibhausgasen im Stadtgebiet wird bezogen auf das Basisjahr 1990 bis zum Jahr ~~2040~~ **2045** um nahezu 100% reduziert.
- 2) Die Ziele in den einzelnen Sektoren werden entsprechend angepasst.

zu 5.1 Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) 2022
Vorlage: VII/2022/04518

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das überarbeitete energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale) **in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.**

Darüber hinaus wird im Betreff der Beschlussvorlage die Jahreszahl „2022“ durch die Jahreszahl „2023“ ersetzt.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur
Verwaltungskommunikation in Leichter Sprache**
Vorlage: VII/2023/05232

Herr Wolter fragte, ob der Antrag analog wie im Fachausschuss vertagt werden sollte.

Herr Paulsen sagte, dass es die Vereinbarung gibt, dass Anträge, welche aus Sicht der Verwaltung als unzulässig oder rechtswidrig erscheinen, im Hauptausschuss behandelt werden sollen. Insofern ist der Hauptausschuss in der Angelegenheit der richtige Ausschuss. Er sagte, dass in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt wurde, wie die Thematik bereits bearbeitet wird. Vor dem Hintergrund der Rechtswidrigkeit empfiehlt die Verwaltung, den Antrag in eine Anregung umzuwandeln.

Herr Wolter sagte, aus der Stellungnahme der Verwaltung keine Rechtswidrigkeit erkannt zu haben.

Herr Schreyer sagte, dass die Thematik schon des Öfteren in Form von Anträgen auf der Tagesordnung stand. Die Einschätzung des Landesverwaltungsamtes war immer, dass ein Eingriff in die Rechte des Hauptverwaltungsbeamten vorliegt, wenn es um die Gestaltung des Internetauftritts der Stadt Halle (Saale) geht.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Internetpräsenz bereits in Überarbeitung ist und die Thematik der leichten Sprache mitberücksichtigt wird.

Herr Heym sagte, dass es Schwierigkeiten gibt, wenn man die städtische Internetseite auf dem Telefon aufruft.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die standardisierten Abläufe verbessert werden, dazu gehört unter anderem der Hinweis von Herrn Heym, dass Inhalte auf dem Mobiltelefon leichter aufgerufen werden können.

Herr Wolter vertagte den Antrag im Namen seiner Fraktion bis Mai 2023.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf der städtischen Internetpräsenz zeitnah ein Informationsangebot in Leichter Sprache zu wichtigen Dienstleistungen und aktuellen Themen bereitzustellen.
2. Dieses Projekt wird prioritär zum Website-Relaunch behandelt und soll noch vor der Sommerpause zur Verfügung stehen. Das Angebot wird auf der Startseite von halle.de prominent verlinkt und sukzessive ausgebaut.

zu 6.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2022/04465

zu 6.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2023/05252

Herr Dr. Thomas brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung. Er sagte, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion übernommen wurde.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Verwaltung für die Deutschlandtour 2023 bereits einen intensiven Austausch mit den Veranstaltern und dem Land geführt hat. Inhaltlich ging es um die finanzielle Unterstützung bei möglichen Etappenorten durch das Land. Die Stadt Halle (Saale) hat die Empfehlung ausgesprochen, die Etappe am Sonntag zum Laternenfest starten zu lassen. Aufgrund der Abläufe und Routenpläne war für 2023 der Wunsch, die Etappe bereits am Samstag beginnen zu lassen. Dies ist für Halle logistisch aber nicht möglich, da die Frage hinsichtlich zu sperrender Straßen nicht geklärt ist. Die Veranstalter werden für die nächste Deutschlandtour 2025 erneut mit der Stadt Halle (Saale) ins Gespräch gehen. Er sagte, dass die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Herr Dr. Bergner sagte, dass es in Halle wenig Kapazitäten für große Zuschauererevents gibt. Sportliche Großerevents sind allerdings eine gute Chance sich zu profilieren. Er warb für den Antrag.

Herr Helmich fragte, ob das Land finanzielle Unterstützung signalisiert hat.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass sich das Land der Thematik gegenüber offen gezeigt hat, es aber eine Frage der möglichen Etappenorte ist. Er ließ den Antrag abstimmen.

zu 6.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2023/05252

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Sportstadt Halle eine Bewerbung als Etappenort der Deutschlandtour 2025 einzureichen. ~~Dabei entstehen keine Kosten.~~ **Die Bewerbung soll für die Stadt kostenfrei erfolgen.**

Befindet sich die Stadt Halle im engen Bewerberkreis und alle Kriterien zur Durchführung der Veranstaltung sind erfüllt, wird dem Stadtrat das Veranstaltungskonzept zur Beschlussfassung über eine Teilnahme vorgelegt. **Bei dieser Entscheidung wird für die Stadt Kostenneutralität angestrebt**

Sollte eine Bewerbung für das Jahr 2025 aus Sicht der Tour-Organisatoren nicht erfolversprechend sein, bewirbt sich die Stadt Halle für die Folgejahre erneut.

**zu 6.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2022/04465**

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Sportstadt Halle eine Bewerbung als Etappenort der Deutschlandtour 2025 einzureichen. ~~Dabei entstehen keine Kosten.~~ **Die Bewerbung soll für die Stadt kostenfrei erfolgen.**

Befindet sich die Stadt Halle im engen Bewerberkreis und alle Kriterien zur Durchführung der Veranstaltung sind erfüllt, wird dem Stadtrat das Veranstaltungskonzept zur Beschlussfassung über eine Teilnahme vorgelegt. **Bei dieser Entscheidung wird für die Stadt Kostenneutralität angestrebt.**

Sollte eine Bewerbung für das Jahr 2025 aus Sicht der Tour-Organisatoren nicht erfolversprechend sein, bewirbt sich die Stadt Halle für die Folgejahre erneut.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zur Begrünung von Mülltonnenstellplätzen

Herr Rebenstorf sagte, dass die Anregung auf die Tagesordnung der nächsten Netzwerksitzung der Wohnungsunternehmen gesetzt wird und die Verwaltung für die Begrünung der Mülltonnenstellplätze wirbt.

zu 7.2 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zu Bordsteinabsenkungen in der Unstrut-Straße

Herr Paulsen sagte, dass die Stadt im genannten Bereich zeitweilig verstärkt Kontrollen durchführen wird. Für eine Markierung besteht jedoch kein Anlass.

**zu 7.3 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Willkommenstickets der HAVAG
Vorlage: VII/2023/05235**

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Intention nachvollziehbar ist. Gemeinsam mit der HAVAG wird die Einführung eines Willkommenstickets beraten werden.

**zu 7.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“
Vorlage: VII/2023/05236**

Frau Brederlow bedankte sich für die Anregung und sagte, dass die Stadtverwaltung entsprechend verfahren wird. Aktuell ist die Richtlinie noch nicht veröffentlicht. Nach Veröffentlichung werden die Träger informiert. Der EB Kita beabsichtigt eine Prüfung der Antragstellung.

zu 7.5 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Tom Wolter zum Internetportal "sag's uns einfach"

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass das Portal „sag's und einfach“ vom Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt wird. Diese haben einen Button „Lob an die Verwaltung“ nicht vorgesehen. Die Anregung wird dem Land weitergegeben.

**zu 7.6 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Information im Stadthaus
Vorlage: VII/2023/05176**

Frau Dr. Marquardt sagte, dass bereits Angebote hinsichtlich der Ergänzung der Informationsstele im Treppenhaus eingeholt werden.

**zu 7.7 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Energiemodell
Vorlage: VII/2023/05210**

Herr Paulsen sagte, dass die Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Modellprojektes Smart Cities bei der Strategieerarbeitung an der Entwicklung eines Ökologietools als Prototyp mitwirkt. Dieses soll unter anderem die ökologischen Wechselwirkungen eines Bauvorhabens bereits im Frühstadiums des Planungsprozesses darstellen. Damit können

positive wie negative Effekte des Vorhabens auf die unmittelbare Umgebung beurteilt werden. Als Modellquartier ist zunächst der halesche Osten vorgesehen. Das Produkt soll in einem der nächsten Umsetzungsschritte auf das gesamte Stadtgebiet skaliert werden.

Das Ökologietool verfügt über eine enge Verknüpfung zum ebenfalls zu entwickelnden Planungstool. In diesem Tool sollen zudem klimatische Wechselwirkungen eines Planungsprojektes simuliert werden. Aspekte und Funktionen aus dem genannten Energiemodell der Christian-Albrecht-Universität sind damit bereits in das Lastenheft des Ökologietools aufgenommen wurden.

In der sich anschließenden Umsetzungsphase werden die Maßnahmen und Möglichkeiten auf Grundlage der definierten Parameter in das Ökologietool einfließen.

Der Kontakt zu anderen Modellkommunen, die bereits mit der Thematik digitaler Zwilling beschäftigt sind, besteht bereits, wie zum Beispiel mit der Stadt Leipzig.

**zu 7.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Spielplätzen in Halle
Vorlage: VII/2023/05211**

Herr Rebenstorf sagte, dass die Anregung geprüft wurde, im Ergebnis aber nicht umgesetzt werden kann, da man nicht vor Vandalismus geschützt ist.

zu 7.9 Mitteilung zur Bildung von Unterausschüssen

-Auf Antrag des Stadtrates Dr. Sven Thomas erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Herr Bürgermeister Geier

Dann komme ich zu einer weiteren Mitteilung und zwar in der Nachbearbeitung aus dem Finanzausschuss. Da geht es noch mal um die Bildung von Unterausschüssen. Das haben wir uns jetzt noch mal angeschaut. Und es ist also so, von der rechtlichen Situation und Einschätzung beziehungsweise Mitteilung des Landesverwaltungsamtes, dass es keine speziellen Regelungen gibt, wenn aus der Mitte eines Ausschusses ein Unterausschuss gebildet wird. Das ist dann ein rein konsultatives Hilfsorgan und die Regelungen für die Ausschüsse nach KVG gelten in der Form nicht.

Ich würde auch gleich noch mal Herrn Schreyer ergänzend das Wort geben.

Es ist jetzt von der Sachlage so, dass dieser Unterausschuss des Finanzausschusses im Finanzausschuss beschlossen wurde und nicht im Stadtrat. Das wurde nämlich bei der Stadtratsvorlage dann explizit rausgenommen. Damit ist es im Prinzip ein Untergremium des Finanzausschusses.

Die weitere Verfahrensweise wäre jetzt, zumindest aus meiner Sicht, dass sich die Mitglieder in dem Unterausschuss auf ein Verfahren verständigen, wie sie da die Sitzungsrythmen, Sitzungszeiten, Einladungen und trallala, da muss man sich ja intern verständigen. Klar, kann man da auch analog die Regelungen der normalen Ausschüsse verwenden. Und, es ist auch ein Vorsitzender und ein Stellvertreter zu bestimmen. Also, das wäre quasi Sache der Mitglieder im Unterausschuss des Finanzausschusses.

Und es ist natürlich selbstverständlich, dass die Verwaltung das Ganze dann organisatorisch, protokollmäßig, Versendung von Einladungen, etc. natürlich begleitet. Das versteht sich von selbst.

Ich würde jetzt noch mal zu dem Sonderfall Unterausschuss Herrn Schreyer ergänzend das Wort geben.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank, Herr Bürgermeister. Eigentlich haben Sie ja schon alles erwähnt. Ich würde nur noch ergänzen, weil das wohl, zumindest nach meinem Kenntnisstand, gestern explizit Gegenstand der Ausschussberatung war, dass, weil es eben keine konkreten Regeln für diese Unterausschussbildung gibt, mit Ausnahme unserer Hauptsatzungsregelung, dass dieser aus dem Ausschuss, aus dem jeweiligen heraus, gebildet wird, und das haben sie ja gemacht, gab es die Nachfrage: Wie kommen wir zum Vorsitzenden?

Und da würde ich jetzt empfehlen, mangels konkreter Regelung und zur Vereinfachung, nicht mit Hare-Niemeyer und D'Hondt und unter Berücksichtigung der anderen Ausschussvorsitze, zu arbeiten, sondern den Vorsitzenden bitte aus der Mitte dieses Unterausschusses mehrheitlich zu bestimmen, nicht zu wählen, wohl bemerkt keine Wahl. Das ist das einfachere Verfahren und ich denke mal, das sollten Sie auch wählen in diesem Zusammenhang. Vielen Dank.

-Ende Wortprotokoll-

zu 7.10 Mitteilung zu Kita-Investitionen

Frau Brederlow wies darauf hin, dass Frau Dr. Burkert bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 21.03.2023 diesbezüglich nachgefragt hat und die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.3 der Sitzung hinterlegt wurde.

Im Rahmen des Bundesprogrammes „Kinderbetreuungsfinanzierung 2020 - 2021“ wurde am 16.03.2023 der Förderzeitraum bis 31.12.2023 und der Mittelabruf bis 30.06.2024 verlängert. Die Verlängerungen dienen dazu, den Abschluss bereits begonnener Maßnahmen sicherzustellen und den Mittelabruf für die einzelnen Projekte zu gewährleisten. Somit soll das Programm erfolgreich abgeschlossen und umgesetzt werden.

Eine erneute Antragstellung ist nicht vorgesehen. Aktuell werden in der Stadt Halle (Saale) mit dem Förderprojekt folgende Einzelmaßnahmen realisiert: Kita Stadtzwerge, Kita Kinderinsel

und die Kitas Traumland / Sausewind.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Heym zum Streik am 23.03.2023

Herr Heym bezog sich auf den morgigen Streik und wie sich die Teilnahme auf die finanzielle Bezahlung der Streikenden auswirkt. Laut einer Information von verdi erhalten Streikende keine Bezahlung, unabhängig davon, ob sie einen halben oder ganzen Tag am Streik teilnehmen. Lediglich Mitglieder der Gewerkschaft könnten Streikgeld erhalten. Er fragte, ob dies richtig ist.

Herr Bürgermeister Geier bestätigt dies. Ein am Streik mitwirkender Angestellter steht während der Teilnahme am Streik dem Arbeitgeber nicht zur Verfügung und erhält keine Bezahlung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung wurden entsprechend informiert. Sollte ver.di hier pauschal eine Regelung aufgezeigt haben, müsste er den Sachverhalt prüfen lassen.

zu 8.2 Herr Wolter zum Kulturfonds Energie des Bundes

Herr Wolter fragte, inwieweit die städtischen Einrichtungen, GmbHs, sowie Soziokulturelle Zentren über die Nutzung des Kulturfonds Energie des Bundes informiert sind.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass der Fachbereich Immobilien noch an der Zusammenstellung der Daten wirkt. Sie sagte eine Zwischenstandmeldung zu.

zu 8.3 Herr Scholtyssek zur Kommunalwahl 2024

Herr Scholtyssek fragte, ob es für die anstehende Kommunalwahl 2024 Veränderungen in den Wahlbezirken gibt.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung zu.

zu 8.4 Herr Scholtyssek zum Einwohnermeldeamt

Herr Scholtyssek gab einen Einwohnerhinweis wieder, wonach ein Einwohner aufgrund der Wartezeiten im Einwohnermeldeamt seiner Pflicht zum Ummelden nicht fristgerecht nachkommen konnte und auch bezüglich der Ummeldung seiner fünf Fahrzeuge Termschwierigkeiten bestanden. Speziell ging es um die Frage, ob ein längerer Zeitraum für die Bearbeitung der fünf Fahrzeuge möglich ist, anstatt sich fünf Termine einholen zu müssen.

Herr Bürgermeister Geier bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Prüfung zu

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Bürgermeister Geier bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Egbert Geier
Bürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer